

Freie Meinung

Ausgabe 4/2014

Schule und Bildung

Bildung ist die Zukunft unseres Volkes!

IN DIESER AUSGABE

Die Bildungspolitik der
Westachse betrachtet
Siegfried Neyer

Schule und Bildung
Dieter Grillmayer berichtet
über 10 Jahre freiheitlicher
Bildungspolitik

Die 15 ärgsten Lügen der linken
Schul-„Reformer“ betrachtet
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Ein „Nicht Genügend“ für eine
Fleißaufgabe vergibt
Dieter Grillmayer an die IV

Wir wünschen



*ruhige und beschauliche
Weihnachten
und ein gutes Jahr 2015!*

Zur Bildungspolitik der „Westachse“

Von Siegfried Neyer



Die Wahl zum Vorarlberger Landtag brachte als erfreuliches Ergebnis, dass die ÖVP erstmals die absolute Mehrheit im Land verlor und auf einen echten Koalitionspartner angewiesen war (von 1999 bis 2004 hatte sie auch keine absolute Mehrheit, aber 18 von 36 Mandaten). Anstatt sich einen Partner zu suchen, der weltanschaulich und inhaltlich nicht weit entfernt ist, suchte sich Landeshauptmann Wallner die Grünen aus. Diese waren zu fast jedem Zugeständnis bereit, nur um an der Macht teilhaben zu können und eine Beteiligung der FPÖ zu verhindern. Somit zieht sich die Spur der Schwarz-Grünen Landesregierungen von Oberösterreich über Salzburg und Tirol bis nach Vorarlberg und nennt sich Westachse als Gegengewicht gegen Niederösterreich und Wien und vor allem gegenüber dem Bund. Wie groß dieses Gegengewicht dann tatsächlich ist, wird die Zukunft zeigen.

Bedenklich aus Sicht der Bildung ist aber, dass die ÖPV dieser Länder nun voll auf den Gesamtschulzug der Grünen aufspringt. Um

das der Bevölkerung nicht zu abrupt überzustülpen will man Modellregionen, die möglichst das ganze Bundesland umfassen, einrichten, was nicht ohne Zustimmung des Bundes geht. Dem grünen Liebeswerben um eine Gesamtschulregion ist offensichtlich der Tiroler Landeshauptmann Platter schon erlegen. So wurde dort in Schuljahr 2014/15 die Modellregion Zillertal eingerichtet. Dass es dort ohne größere Proteste gehen werde war

vorauszusehen, denn im gesamten Zillertal befindet sich kein einziges Gymnasium. Schüler aus dem Zillertal, die auf ein Gymnasium wollen, hatten schon bisher den weiten Weg nach Wörgl oder

Eine ähnliche Situation findet sich in Vorarlberg im Bregenzer Wald, wo es ebenfalls keine AHS-Unterstufe gibt und der Weg zu den Gymnasien in Dornbirn oder Bre-



genz ein recht weiter ist. Die dortigen Neuen Mittelschulen sind daher schon bisher Gesamtschulen, denn nur wenige Schüler nehmen den langen Weg ins Gymnasium auf sich. Um dem

Stichwort Modellregion:

In einer Region gibt es ausschließlich die Gemeinsame Schule, das Gymnasium gibt es dort nur noch in der Oberstufe. Einen solchen Versuch gab es z. B. im deutschen Bezirk Wetzlar. Bildungsforscher und Gesamtschul-Befürworter Helmut Fend hat das Projekt wissenschaftlich begleitet. Er schreibt am Ende: **„Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Systems.“**

Schwarz auf sich zu nehmen. Somit gingen schon bisher die allermeisten Schüler in eine Neue Mittelschule, die somit schon bisher eine Art Gesamtschule ist, nur das Türschild muss gewechselt werden.

Vorwurf einer Alibiaktion zu entgehen, versuchte es die Landesregierung 2012 mit einer Modellregion Lustenau, die auch eine AHS-Langform umfasst. Nach wütenden Protesten aller Schulpartner wurde das Vorhaben wieder fallengelassen. Gerüchte-

weise soll es Schwarz-Grün in Vorarlberg nun im Rheintal probieren wollen. Man darf schon jetzt auf die Reaktion der Betroffenen gespannt sein.

Diese Versuche zur Etablierung der Gesamtschule hat von Tirol ausgehend die Initiative „progymnasium.at“ ausgelöst, die auch vom Freiheitlichen Lehrerverband unterstützt wird. Bis Ende Oktober haben sich schon etwa 3000

Unterstützer eingetragen. Wer mithelfen will, die Gesamtschule in Österreich zu verhindern, ist eingeladen, diese Initiative mit zu unterstützen. Nur eine große Zahl an Unterstützern kann diesen Zug noch aufhalten, zumal der Widerstand in der ÖVP schon ziemlich zerbröselst ist. Lediglich die FPÖ ist (zumindest auf Bundesebene) geschlossen für das differenzierte Schulwesen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das neue Buch von Konrad Paul Liessmann „Geisterstunde, die Praxis der Unbildung, eine Streitschrift“. Besonders hart geht der Autor darin mit sogenannten Bildungsexperten und -forschern, Hirnforschern und Bildungspolitikern ins Gericht. Dieses Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die sich für Bildung interessieren, zumal es auch ein großes Lesevergnügen bereitet.

Lehramtsstudium:

Auch die Universitäten bitten zur Aufnahmeprüfung

Für die neue Lehrerausbildung müssen ab 2016/17 auch an den Unis, wo die Lehrer für AHS und berufsbildende mittlere und höhere Schulen ausgebildet werden, Aufnahmeprüfungen stattfinden. Fünf der acht Universitäten mit Lehrerausbildung haben aber schon für das kommende Studienjahr erstmals Hürden eingezogen.



Die Uni Innsbruck bittet am Donnerstag, 24. Juli, als erste ihre Lehramtsinteressenten zum Test. Als einzige setzt die Uni Innsbruck dabei auf ein einstufiges Verfahren, für den Test wird zudem ein "Kostenbeitrag" von 50 Euro verlangt. An Uni Klagenfurt, Uni Graz und Technische Uni (TU) Graz, die beim Aufnahmeverfahren ko-

operieren, sowie an der Uni Wien mussten Interessenten außerdem noch ein Self-Assessment durchlaufen. Der Test findet an der Uni Wien am 1. September statt, an den Unis in der Steiermark und Kärnten von 8. bis 10. September.

Nur wer sich bei der Prüfung bewährt, bekommt in Innsbruck, Graz und Klagenfurt einen Studienplatz. Anders in der Bundeshauptstadt: An der Uni Wien müssen Bewerber, die beim Test schlechte Resultate liefern, zu einem Informations- und Beratungsgespräch. Aufgenommen werden sie aber auf jeden Fall. Noch keine Aufnahmeverfahren gibt es diesmal an den Unis Salzburg und Linz und der TU Wien.

Wer Lehrer werden will, musste bisher nur an den Pädagogischen Hochschulen (PH; Ausbildung für Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer) ein Aufnahmeverfahren durchlaufen. An den Unis war der Zugang zur Lehrerausbildung da-

gegen abseits der Kunstinis mit ihren generellen Zugangshürden und einzelner Fächer wie Sport frei.



An den Unis bringt die neue Lehrerausbildung neben Aufnahmetests außerdem das Ende der bisherigen Studienstruktur mit dem Diplomstudium. Die Uni Wien stellt bereits mit Herbst auf das Bologna-System (Bachelor/Master) um, in Innsbruck und Klagenfurt gilt dies ab 2015/16. Salzburg hat die Umstellung unterdessen schon 2013/14 hinter sich gebracht. 2016/17 ist der letztmögliche Zeitpunkt für die Einführung von Zugangsverfahren.

Quelle: Wirtschaftsblatt vom 21. Juli 2014

Schule und Bildung

Entwicklungschancen des österreichischen Schulsystems
Von Dieter Grillmayer

Dieses zu Ende meiner Aktivzeit als Obmann des FÖLV am 24. November 2004 abgegebene Statement anlässlich einer parlamentarischen Enquete des Bundesrates habe ich unlängst im Internet (Parlament; stenographische Protokolle) gefunden. Anlässlich des Zehn-Jahr-Jubiläums erscheint es mir geeignet, nachgedruckt zu werden. Es zeigt einerseits, was inzwischen geschehen ist, mehr aber noch, was nicht geschehen ist und nach wie vor auf unserer Wunschliste steht.

Dieter Grillmayer

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Georg Pehm: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Hofrat Mag. Grillmayer. – Bitte.

Hofrat Mag. Dieter Grillmayer (Obmann des Freiheitlichen Österr. Lehrerverbandes): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich ein grundsätzliches Bekenntnis zur **Schulautonomie** deponieren, weil diese den Gestaltungsspielraum an den einzelnen Schulstandorten erweitert, was zu mehr Motivation und zu mehr Qualität beitragen kann. Unbeschadet dessen bleiben dem Staat aber Aufgaben vorbehalten, die er nicht auf untere Ebenen delegieren darf. Das sind erstens die **Zielvorgaben** für die einzelnen Schularten, zweitens die **Finanzierung** und drittens die **Erfolgskontrolle**. Letzteres schuldet er allein schon dem Steuerzahler, der ein Recht darauf hat, dass der Staat darauf schaut, dass sein Geld effizient eingesetzt wird.

Bei den Punkten eins und zwei, Zielvorgaben und Finanzierung,

bewegen wir uns meiner Meinung nach derzeit im Grenzbereich, bei Punkt drei orte ich dringenden Handlungsbedarf.

Einige der im Papier der Zukunftskommission vorgeschlagenen Maßnahmen scheinen in diesem Zusammenhang zielführend zu sein.

Da ist zunächst einmal das Festlegen von Bildungsstandards und das Abtesten derselben jeweils am Ende der 4., 8., 12. beziehungsweise 13. Schulstufe. Das ist insofern notwendig, als der Kernbereich, also die Mindestanforderungen, in den neuen Lehrplänen viel zu schwammig definiert sind, was von unserer Seite schon seinerzeit kritisiert worden ist.

Hinsichtlich der Finanzierung des Schulsystems ist zu sagen, dass nach dem eher großzügigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler in den siebziger Jahren und zum Teil auch noch in den achtziger Jahren nun der Sparstift bereits zu Lasten der Qualität regiert.

Ich war schon vor 30 Jahren Administrator und weiß daher, wie großzügig Werteinheiten damals verteilt und verbraucht worden sind, bevor eine Kontingentierung erfolgte. Auch die stetige Verschärfung dieser Richtlinien, wie ich sie in den 18 Jahren meiner Tätigkeit als AHS-Direktor erlebt habe, war bei sorgfältiger Planung ohne Qualitätsverlust verkraftbar, nicht jedoch, so meine ich, die überfallsartige Kürzung von Unterrichtsstunden im Pflichtbereich, wie sie im Vorjahr erfolgt ist.

Die Erfolgskontrolle über den traditionellen Beitrag der Schulaufsicht hinaus ist ein unverzichtbares Seitenstück zur Schulautonomie. Da ist jedoch, abgesehen von Aufforderungen und Handreichungen zur Selbstevaluation der Schulen und der Lehrer, bisher praktisch nichts geschehen.

Im Papier der Zukunftskommission finden sich endlich Vorschläge, wie ein zentral vorzulegender Bestandteil der Matura sowie überregionale Inspektorate, wie von mir schon vor vielen Jahren in der seinerzeitigen Schulreformkommission des Unterrichtsministeriums zur Diskussion gestellt und damals von den anderen Fraktionen heftig abgelehnt. Wir würden uns eine rasche Umsetzung dieser Vorschläge wünschen.

Wo es aus unserer Sicht derzeit an Autonomie fehlt, das ist im Bereich des Schulunterrichtsgesetzes

und der entsprechenden Verordnungen. Die **schulinterne Erziehungs- und Unterrichtskultur** ist für ein eigenständiges Erscheinungsbild einer Schule mindestens ebenso wichtig wie **autonome Freiräume** beim Lehrangebot. Ängste, wie sie vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den **Verhaltensvereinbarungen** geäußert wurden, sind für mich nicht nachvollziehbar. Schließlich brauchen alle autonomen Regelungen eine Mehrheit in den schulparterschaftlich besetzten Gremien, und außerdem gibt es bekanntlich die Abstimmung mit den Füßen, sprich einen entsprechenden Zulauf der Kund-

schaft zu einer Schule, oder das Gegenteil, wenn die Vereinbarungen eben kontraproduktiv sind.

Nicht bewährt haben sich die **schulautonomen Tage**, wie von Anfang an zu befürchten war. Sie bringen Familien mit mehreren Kindern an verschiedenen Schulen oft in ärgste Schwierigkeiten. Eine Abschaffung der schulautonomen Tage steht daher auf der freiheitlichen Wunschliste.

Abschließend möchte ich alle Bildungspolitiker über die Parteigrenzen hinweg dazu aufrufen, das Bildungsbewusstsein, das Bewusstsein vom Wert der Bildung

in der österreichischen Bevölkerung nach Kräften zu fördern, weil ich hier ein Defizit orte. Dabei meine ich vor allem die allgemeine, der individuellen Suche nach dem Sinn des Lebens ebenso wie der Urteilsfindung in öffentlichen Angelegenheiten dienende Bildung, die auch Hartmut von Hentig im Sinn hat, wenn er sagt: „Die Antwort auf unsere behauptete oder tatsächliche Orientierungslosigkeit ist nicht Wissenschaft, nicht Information, nicht moralische Aufrüstung, nicht der Ordnungsstaat – sondern Bildung“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

ÖVP, SPÖ und Grüne halten weiter am „NMS-Flop“ fest

Von OÖ LAbg. Mag. Silke Lackner

„Es gibt nichts mehr schönzureden! Die Neue Mittelschule ist gescheitert, die Fakten sprechen eine deutliche Sprache“, so LAbg. Mag. Silke Lackner, Bildungssprecherin der FPÖ-OÖ. „Aus diesem Grund forderten wir die sofortige Abschaffung dieser teuren Schulform!“ Einen entsprechenden Antrag lehnten die anderen Landtagsfraktionen ab und halten damit an der NMS fest.

„Günter Haider, Bildungsexperte und ehemaliger Leiter des BIFIE, bezeichnet das System der Neuen Mittelschule als unausgegoren und teuer, außerdem leide es an unzähligen Kinderkrankheiten“, sagte Lackner in ihrer Rede. „Die Ergebnisse der Bildungsstandards 2013 geben ihm Recht, denn die neue Schulform schneidet dabei schlechter ab als die Hauptschule. Der Unterschied zeigt sich deutlich bei den Englisch-Tests der vierten Klassen. Die Kinder der NMS erreichten einen Mittelwert von 478 Punkte, die der Hauptschule von 480 und die der AHS-Unterstufe von 600 Punkten.“ Zudem ist die Neue Mittelschule die teuerste Schulform in Österreich: Die Lehrerkosten betragen jährlich pro Schüler 7.200 Euro, in den Hauptschulen 6.600 Euro und in der AHS-Unterstufe 4.700 Euro. „Es gibt weit und breit also keinen Grund, diesen Schultyp weiter auszubauen“, argumentierte Lackner.

„Mir ist es absolut unerklärlich, warum sich die anderen Landtagsfraktionen all diesen Argumenten verschließen“, so Lackner. „Sie sind letztlich verantwortlich, wenn durch die Beibehaltung dieses gescheiterten Schultyps die Bildungsqualität weiter nach unten nivelliert wird.“

Progymnasium

Von Mag. Siegfried Neyer

Am 2. Oktober 2014 wurde in Innsbruck die Initiative www.progymnasium.at der Öffentlichkeit vorgestellt. Zahlreiche Persönlichkeiten stehen dahinter, bei der Pressekonferenz stellten Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Norbert Mutz, Elternvereinsobmann Peter Retter, Florian Dengg, der stellvertretende AHS-Schulsprecher in Tirol, Sozialarbeiterin Marina Floriani und VHS-Direktor Mag. Ronald Zecha, die Forderungen dieser Initiative vor:



1. Aufhebung der Blockade einer sachlichen Bildungsdebatte durch Beendigung der Gesamtschuldiskussion
2. Erhalt des achtjährigen Gymnasiums (Vielfalt des Angebotes für Vielfalt der Begabungen und Interessen; Wahlmöglichkeit für Eltern)
3. Änderung der Aufnahmekriterien am Gymnasium, längerfristiges Prognoseverfahren statt Notendruck am Ende der Volksschule
4. Errichtung zusätzlicher Oberstufen-Standorte (ORG, BMHS) zur Erhöhung der Durchlässigkeit (insbesondere in ländlichen Regionen)
5. Mehr Wertschätzung gegenüber der beruflichen Bildung und den Lehr- (Handwerks-)berufen
6. Verstärktes Erkennen und Beheben von Defiziten im Kindergarten-, Vorschul- und Volksschulalter, aber auch in der Erwachsenenbildung
7. Mehr Unterstützungspersonal für Lehrer/innen und Schüler/innen (z.B. Psycholog/inn/en, Sozialarbeiter/innen) und Stärkung der Schulpartnerschaft
8. Qualitativer Ausbau der ganztägigen Angebote und Verstärkung des kostenlosen Förderunterrichts sowohl für Begabungen als auch für die Kompensation von Defiziten

Diese Forderungen werden wohl von der Mehrheit der Bevölkerung Österreichs unterstützt. Umfragen zeigen regelmäßig, dass sich etwa 65 bis 75 Prozent für das differenzierte Schulwesen und gegen eine Gesamtschule aussprechen. Auch der Freiheitliche Lehrerverband unterstützt diese längst notwendige Initiative. Als Obmann des FÖLV bin ich dem Unterstützungskomitee beigetreten und bitte sie, liebe Leser, unter dem oben angeführten Link ebenfalls um Unterstützung. Ende Oktober haben sich schon rund 3000 Unterstützer eingetragen. Setzen wir dem Gefasel einiger ÖVP-Landeshauptleute in Westösterreich über Vorzüge einer Gesamtschule ein kräftiges NEIN entgegen.



Philosoph Liessmann greift „Bildungsexperten“ an „Die Presse“ vom 25. September 2014

In seinem neuen Buch greift Konrad Paul Liessmann den oft zitierten Andreas Salcher und seine Kollegen an. Ihre Sicht auf die Schule kann er nicht teilen.

2006 veröffentlichte der Philosophie-Professor Konrad Paul Liessmann mit „Theorie der Unbildung“ eine Abrechnung mit dem bildungspolitischen Mainstream. Nun, acht Jahre später, folgt mit „Geisterstunde: Die Praxis der Unbildung“ eine Streitschrift. Darin arbeitet er sich an seinen alten Feindbildern ab: Unter anderem Pisa-Studie oder Bologna-Reform. Mittlerweile hat Liessmann aber auch neue Gefechtspartner gefunden.

Angriff auf die Bildungsexperten

Ein ganzes Kapitel widmet er „Bildungsexperten“ (paradoxiert Liessmann mittlerweile in manchen Medien gegen seinen Willen selbst als solcher) wie Bernd Schilcher, Andreas Salcher, Richard David Precht oder Gerald Hüther und deren Inszenierung als „letzte Erlöser und Heilsbringer in einer säkularisierten Welt“.

„Die Bedeutung des Bildungsexperten liegt weniger in der Qualität seiner Expertise als in der medialen Aufmerksamkeit, die er genießt. Dadurch prägt er ganz wesentlich die öffentliche Stimmung und das Bild, das allenthalben von Schulen, Lehrern und Universitäten existiert. Mittelbar beeinflusst er so auch die Politik, die er gleichzeitig verachtet, da er sie letztlich für jene Bildungsmisere verantwortlich macht, gegen die er seinen heroischen Kampf führt“, schreibt der Philosoph.

Hochtalentiertere Wesen, die gebrochen werden

Die Sicht der „Experten“ auf das Kind kann Liessmann offenbar nicht teilen: „Bei allen inhaltlichen

Differenzen und inneren Widersprüchen: Es gibt einige markante Grundüberzeugungen, die die Bildungsexperten unserer Tage teilen. Fast alle sind gute Rousseauisten, das heißt, sie sind überzeugt davon, dass Neugeborene, Babys und Kleinkinder wunderbare, umfassend kompetente, mehrfach begabte, hochta-



lentiertere und kreative Wesen sind, die allein durch ein antiquiertes Bildungssystem korrumpiert, gebrochen und zerstört werden. Das Kind mutiert zum Ur- und Vorbild des Humanen, der Schwärmerei

über dessen Repertoire an unglaublichen Fähigkeiten sind denn auch keine Grenzen gesetzt...“

Lehrer als „minderqualifizierte Begleiter“

Auch die zuletzt vor allem von Ex-Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) vorangetriebene „Kompetenzorientierung“ des Unterrichts (anstelle der Orientierung an Inhalten) ist Liessmann ein Dorn im Auge. Da er diese auf die neue Lehrerbildung übergreifen sieht, bekommt auch diese ihr Fett ab: „Die Transformation höherer Schulen in sozialpädagogische Anstalten, deren Träger permanent sich selbst beobachtende, fachlich minderqualifizierte Begleiter und Betreuer sein werden – von Lehrern kann man wirklich nicht mehr sprechen –, ist hier schon vorgezeichnet.“ ...

Das Buch

Konrad Paul Liessmann: „Geisterstunde: Die Praxis der Unbildung. Eine Streitschrift“, Zsolnay Verlag, 176 Seiten, 18,40 Euro. Alles liest sich recht amüsant, auch wenn Liessmann das eine oder andere Mal den Bildungs-

bürger allzu deutlich raushängen lässt. In manchen Punkten wird man ihm schmunzelnd beistimmen, in anderen weniger, in vielen ihm Übertreibung vorwerfen können – was aber immerhin das Wesen einer „Streitschrift“ ist. Liessmann selbst leitet jedes seiner Kapitel mit „Es ist gespenstisch“ ein, um seine teils überspitzte Polemik mit dem Fazit „In (...) zeigt sich die Praxis der Unbildung in ihrer (...) Gestalt“ abzuschließen. Anschließend kommt dann die Kritik unter dem Motto „Dabei wäre alles ganz einfach“ in etwas gedämpfter Form – gleich auf Streitschlichtung zu hoffen, wäre aber zu optimistisch.

FPÖ begrüßt Abschaffung der LSR-Präsidenten

Nr. Abg. Dr. Walter
Rosenkranz

Der Vorschlag von SPÖ und ÖVP, die Präsidenten des Landesschulrats abzuschaffen, wird von der FPÖ begrüßt: „Für eine Verwaltungsreform im Schulbereich ist die FPÖ immer zu haben. Das Einsparungspotenzial ist allerdings bei sieben amtsführenden Landesschulratspräsidenten und sechs Vizepräsidenten begrenzt“, so

FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz. Er sei schon gespannt auf die von SPÖ und ÖVP präsentierten Alternativen, denn was sich Rosenkranz nicht vorstellen könne, sei, dass diese dreizehn Ämter eingespart und dafür in den Landesregierungen neue Abteilungen geschaffen würden. „Dies würde alle Einsparungen wieder aufheben. Außerdem müssen die Kontrollmöglichkeiten für die Opposition unbedingt erhalten bleiben“, betont Rosenkranz.

Totalversagen der ÖVP bei der Bildungspolitik

OÖ LABg. Mag. Silke Lackner

„Bei der Bildungspolitik entwickelt sich die ÖVP immer mehr zum Totalversager“, ärgert sich LABg. Mag. Silke Lackner. „Denn sowohl unsere Initiativen für die Abschaffung der geflopten Neuen Mittelschule als auch beim AUS für den LSR-Präsidenten und seinen Vize steht die Volkspartei beharrlich auf der Bremse.“

Stümperhaft bei der NMS war schon die Vorgehensweise bei der Einführung: Die Neue Mittelschule wurde zuerst als Schulversuch geführt und dann – ohne jede Evaluierung – kurzerhand ins Regelschulsystem übernommen. Lackner: „Unsere Kinder sind doch keine Versuchskaninchen!“

Wiederholt forderte die FPÖ die Abschaffung der Behörde Landesschulrat, auch das Amt des geschäftsführenden Präsidenten und seiner Vizepräsidentin soll aus Effizienz- und Kostengründen abgeschafft werden. „Diese teuren Versorgungsposten sind dem Steuerzahler nicht zumutbar, sämtliche Aufgaben des Landesschulrates könnte die Bildungsdirektion des Landes OÖ. übernehmen“, argumentiert Lackner. „Doch die ÖVP verweigert jeden Reformgedanken und verhindert somit wichtige Einsparungen.“

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Die 15 ärgsten Lügen der linken Schul-„Reformer“

Von Sepp Pasteiner

1. Die Beseitigung des differenzierten Schulsystems und die Einführung der Gesamtschule löst (fast) alle Schulniveauprobleme.

Für diese Auffassung gibt es keine empiristisch-wissenschaftliche Bestätigung. In Deutschland haben die Bundesländer mit differenziertem Schulsystem ein deutlich besseres Leistungsniveau als die mit Gesamtschule. Hinter dieser Forderung steht einzig der linke ideologische Wahn, dass nur die völlige Gleichheit aller Menschen das Paradies auf Erden schaffen kann. Für diesen Wahn wurden in den kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts Hunderte Millionen Menschen umgebracht.

2. Schulbildung wird in Österreich so extrem vererbt, dass Kinder aus „bildungsfernen“ Schichten fast chancenlos auf höhere Schulbildung sind. Unser Schulsystem sei also „besonders ungerecht“.

Diese Behauptung beruht auf Unwissenheit oder Unredlichkeit, wie sie von PISA 2012 neuerlich nachgewiesen wird. Erstens gibt es keinen einzigen PISA-Teilnehmerstaat, in dem das Ergebnis nicht stark vom sozio-ökonomischen Background der Schüler beeinflusst wird. Und zweitens gehört Österreich nicht zu den Staaten, in denen diese Abhängigkeit besonders groß ist. Am stärksten hängt das PISA-2012-Ergebnis in Mathematik vom sozioökonomischen Niveau des Elternhauses in Frankreich, der Slowakei und Neuseeland ab. Im Gesamtschulstaat Frankreich wirkt sich der familiäre Hintergrund um ein Drittel stärker auf das PISA-Ergebnis aus als in Österreich. Die besten ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen genießen 15-Jährige in Skandinavien und in Kanada.



3. Österreich hat im internationalen Vergleich überhöhte Ausgaben für das Schulsystem.

Das war einmal. Laut der OECD-Studie „Education at a Glance 2013“ werden im OECD-Mittel 4 % des Bruttoinlandsprodukts ins Schulwesen investiert. In den hoch gepriesenen skandinavischen Staaten ist es mehr – in Finnland 4,1 %, in Dänemark 4,8 % und in Norwegen gar 5,1 %. Österreichs Schulwesen muss mit mageren 3,6 % des BIP auskommen. In absoluten Zahlen geht es hier um 1,25 Milliarden Euro, die Österreichs Schulen im internationalen Vergleich zurückliegen!

4. Nur weitere linke Schulreformen verbessern unser Schulsystem und verbessern das Schulniveau, z. B. die Abschaffung der 50-Minuten-Unterrichtsstunden mit deren Ankündigung durch die Schulglocke sowie die Ersetzung des derzeitigen Unterrichts nach Schulfächern (z. B. Geschichte, Mathematik, Chemie) und deren Ersetzung durch fächerübergreifenden Unterricht.

Aus der Sicht des Marxismus beginnt die Spezialisierung bereits durch die Trennung des menschlichen Wissens in einzelne Wissensgebiete, die in den Schulen durch die vielen Unterrichtsfächer dargestellt sind. Der klassische Marxismus ist der Auffassung, dass das eine fatale Fehlentwicklung sei und lehnt dies daher ab. So forderte z. B. Mao Tsetung, dass die chinesischen Bauern in eigenen Hochöfen auch Eisen herstellen müssten. Dies führte zu einer furchtbaren Hungersnot, die 40 bis 50 Millionen Chinesen das Leben kostete. Eine straffe Ordnung, symbolisiert durch die 50-Minutenstunde mit Glockengeläut, erregt wieder die Neomarxisten, für die das eine Erziehung Richtung Faschismus ist.

5. Die immer größere Zahl an Immigrantenschülern aus fernen Kulturen mit nichtchristlichen Religionen seien nicht die Hauptursache für den starken Rückgang unseres Schulniveaus.

Österreich steht jetzt am Beginn einer neuen gigantischen Immigrationswelle aus dem Nahen Osten. Für viele dieser erzkonservativen Muslime ist die westlichen Bildung Teufelswerk und steht im krassen Gegensatz zur gottgefälligen Koranschule. Viele von diesen kommen dazu aus der untersten Bildungsschicht der Analphabeten. Nachdem es bei uns nun die Mindestsicherung auch für niemals Berufstätige gibt, haben sie als Analphabeten keine Zukunftssorgen. Viele von ihnen wollen gar nicht mehr Deutsch lernen, weil sie überzeugt sind, dass sie bei uns ohnehin bald die Mehrheitsbevölkerung stellen werden.

6. Die Kuschelschule als Ganztagschule, wo niemand mehr durchfällt und wo die Kinder auch keine Schultasche mehr brauchen, weil es keine Hausübungen mehr gibt, würde als „Wohlfühlschule“ erstens eine Niveauverbesserung bringen sowie bewirken, dass die Kinder mit Vergnügen in die Schule gehen. Zweitens würden die zunehmenden disziplinären Probleme dadurch zumindest stark reduziert.

Diese Traumvision von unserer Schule der Zukunft formulierte Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek. Kein weiterer Kommentar!



7. Die Auflösung aller Sonderschulen bis 2020 und der ausschließliche Unterricht in sogenannten Integrationsklassen der Gesamtschulen würde nicht nur das Schulniveau verbessern, sondern auch das humanitäre Verständnis und soziale Verhalten unter den Schülern stark fördern.

Um eine optimale Förderung von Kindern mit verschiedensten Problemen zu erreichen, gibt es derzeit eine Ausbildung der Sonderschullehrer mit insgesamt zehn Spezialisierungen, von den gelähmten über die gehörlosen bis zu den blinden Kindern. In den Integrationsklassen gibt es dies nicht mehr und

alle Lehrer sind Allrounder. Wer käme auf die Idee, diese Forderungen in der Medizin zu stellen, dass man keine Facharztordinationen mehr braucht?

8. Die niveauvolle Zukunft unserer AHS und BHS liegt nur im neuen System der modularen Oberstufe, verbunden mit der Zentralmatura.

Die modulare Oberstufe zerstört das jetzige System der Klassenverbände, wo besonders wertvolle Bindungen bei den Pubertierenden entstehen. Es werden jene Module bevorzugt werden, wo man leistungsmäßig am wenigsten gefordert wird. Die Zentralmatura wieder bedeutet das Ende des freien Unterrichtens. Alles steht unter dem Diktat der fixen Maturathemen. Derzeit werden die Schulen entschult und die Universitäten und Fachschulen immer mehr verschult. Das ist der total falsche Weg!

9. Es gibt, vor allem unter muslimischen Zuwanderern, immer mehr Schulbesuchsverweigerer, die einfach die allgemeine Schulpflicht ignorieren. Die Lösung der linken Wiener Stadtschulratspräsidentin ist ein hauptberuflicher „Schulschwänzbeauftragter“ und die Verweigerung einer konsequenten Bestrafung der Erziehungsberechtigten, z. B. durch den sofortigen Entzug der Familienbeihilfe, wie die FPÖ fordert.

Als letzte Konsequenz solcher Schulverweigerer sollte es die Ausweisung von Zuwanderern aus Österreich geben und strenge Strafen für Inländer. Die Dauerschwänzer sind nämlich die zukünftigen lebenslangen Bezieher der Mindestsicherung auf Kosten der Allgemeinheit!

10. Die neue gemeinsame Ausbildung aller Lehrer von Pflicht- und Höheren Schulen verbessert das Lehrer-

und Unterrichtsniveau.

Es gilt hier ähnliches wie bei der Beseitigung der spezialisierten Sonderschullehrer. Bisher haben wir ein hohes Schulniveau, weil es eine sehr spezialisierte Lehrerausbildung für AHS und BHS sogar auf UNI-Niveau gibt. Die neue gleiche Ausbildung der Lehrer zum Bachelor mit einem anschließenden zweisemestrigen Pseudomasterstudium, noch dazu berufsbegleitend, wird eine katastrophale Niveausenkung bei den Lehrern bewirken. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass beim jetzt kommenden Lehrermangel zukünftig jeder genommen werden muss!

11. Das neue Lehrerdienstrecht, mit dem die Lehrer mehr Stunden pro Woche unterrichten müssen, aber dafür weniger bezahlt bekommen, diene der Verbesserung des Schulniveaus. Es löse aber auch die Probleme der Finanzierung des Schulsystems und den Mehrbedarf Richtung Gesamt- und Ganztagschule.

Es wird sicher keines dieser drei Ziele erreicht werden! Vielmehr werden junge qualifizierte Lehrer ins Ausland gehen, weil z. B. in Deutschland und der Schweiz auch ein Lehrermangel besteht, die Lehrer dort aber viel besser bezahlt werden!

12. Zur Verbesserung der Wohlfühlschulen helfe auch eine neue Ferienordnung, da die Eltern immer weniger Zeit für ihre Kinder haben. Daher sollen die Sommerferien auf sechs Wochen gekürzt werden und die Lehrer in dieser Zeit ihre Schüler ohne Zusatzbezahlung in der Schule betreuen.



Wenn den Pseudoschulexperten kein anderer Mediengag einfällt, dann fordern sie zum Schulschluss, so wie heuer Niki Glatzauer eine Kürzung der Sommerferien auf sechs Wochen. Es gibt Juli-August-Monate mit über 30 Grad Celsius, was einen ertragreichen Unterricht nahezu ausschließt. Es wird auch für alle Schülereltern verdammt schwer werden, wenn die Phase für den Sommerurlaub so kurz ist. Viele BHS-Schüler müssen im Sommer ein vierwöchiges Praktikum machen und womöglich noch zusätzlich für einen „Nachzipf“ lernen. Dies geht nur mit acht bis neun Wochen Sommerferien!

14. Schuld an der stockenden Schulreform zu den gewünschten paradiesischen Zuständen sind erstens die Lehrgewerkschafter als Betonierer des alten Systems und auch alle dagegen opponierenden Politiker, besonders in der regierenden ÖVP.

Vor allem war es bisher Vizekanzler Spindelegger, der betonte, solange er ÖVP-Obmann ist werde es keine Gesamtschule geben. Nun ist er weg und es ist sehr zu befürchten, dass sich die linken ÖVP-Landeshauptleute von Vorarlberg, Tirol und Salzburg mit ihren Forderungen durchsetzen, auch die ÖVP möge sich offen zur linken Gesamtschule bekennen!

15. Es ist inhuman, integrationshemmend, wenn nicht sogar rassistisch, für Immigrantenkinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eigene Klassen einzurichten, aus denen sie erst dann ins Regelschulwesen wechseln können, wenn sie die dafür erforderlichen Deutschkenntnisse erworben haben.

Ist es nicht das größere Problem, dass Analphabeten ohne Rechenkenntnisse die Schule verlassen, was unabweichlich ist, wenn jedes schulpflichtige Kind, auch wenn es kein Wort Deutsch versteht, sofort in eine Regelschulklasse mit Gleichaltrigen gesetzt wird, von denen die Mehrheit ebenfalls nicht altersadäquat lesen, schreiben und rechnen kann?

FPÖ befürwortet die finanzielle Entlastung der Gemeinden

„Der Rechnungshof bestätigte die Forderung der FPÖ nach einer finanziellen Entlastung der Gemeinden bei der Schulerhaltung“, kommentiert FPÖ-Bildungssprecher Dr. Walter Rosenkranz den Bericht zu den Schulstandortkonzepten in OÖ und in der Steiermark. „Ein erster Schritt zur Verwaltungsvereinfachung sollte die Entlastung der Gemeinden von der Erhaltenschaft für Allgemeinbildende Pflichtschulen sein. Eine rasche Entscheidung wäre deswegen wichtig, weil auf geänderte Rahmenbedingungen bei den Finanzausgleichsverhandlungen Bedacht zu nehmen sein wird“, gibt der FPÖ-Bildungssprecher zu bedenken.



„Nicht Genügend“ für eine Fleißaufgabe Der Industriellen-Vereinigung ins Stammbuch geschrieben Von Dieter Grillmayer

Das neue Bildungsprogramm der IV hat ob seiner radikalen Forderungen viel Staub aufgewirbelt. Im österreich. Schulsystem müsse es eine „Revolution“ geben, mit bloßen Reformen sei es nicht mehr getan. Über das Motiv kann man nur mutmaßen: Ist es der Mangel an elementarem Wissen und Können bei Pflichtschul-Abgängern, die darob keine Lehrstelle finden, oder ist es der Engpass an Fachleuten im MINT-Bereich (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik)? Oder ist das Programm nur der Ausfluss eines durch die laufenden Wortspenden von Besserwissern erzeugten „Bauchgefühls“?

Zu den kardinalen Denkfehlern, die dem IV-Programm zugrunde liegen, gehört es, dass durch „Vereinheitlichung“ etwas besser werden kann. Die vorschulische Bildung soll für alle Kinder mit vier Jahren einsetzen, die Pflichtschulzeit sollen alle Kinder in einer gemeinsamen Schule verbringen und in dieser soll der Unterricht für alle Kinder ganztägig stattfinden. Vereinheitlichung ist immer nur auf dem Niveau möglich, das für alle erreichbar ist, und das ist naturgemäß das niederste. Das trifft vor allem auf die gemeinsame Schule zu, aber auch die anderen „Vereinheitlichungen“ sind sehr problematisch.

Anders als früher, wo jedes Arbeiter- und jedes Bauernkind mit vier Jahren der deutschen Sprache in

dem Ausmaß mächtig war als es die Kommunikation mit seiner Umwelt erforderte und bis zum Schuleintritt hinsichtlich Wortschatz und Ausdruck weitere Fortschritte erzielte, ist das heute nicht mehr so, und zwar nicht nur bei Migrantenkindern. Dass die Politik darauf lange nicht reagiert hat war ein großes Versäumnis. Aber immerhin wird in den letzten Jahren daran gearbeitet, solche Defizite frühzeitig zu erkennen und abzubauen – wohl die einzige Maßnahme unter allen Reformbemühungen, die Positives hervorbringen verspricht. (Bei allen anderen Reformen, wie etwa der neuen Lehrerausbildung, dürfte eher das Gegenteil der Fall sein.)

Das Programm der IV sieht nun vor, bei allen Kindern mit vier Jahren in die frühkindliche na-

türliche Entwicklung einzugreifen, auch bei solchen, die das gar nicht nötig haben. Abgesehen von diesem staatlichen Zugriff auf Freiheits- und Elternrechte werden dadurch die gewünschten gleichen Voraussetzungen bei den Schulanfängern garantiert nicht erreicht. Denn diese Maßnahme kann nur einen weiteren Vorsprung der besser Veranlagten gegenüber denen bewirken, die sich ohnehin schwer tun.

Weiter lesen:

<http://flv.at/aktuell.htm>



Gastkommentar zur Bildungsmisere

Von Univ.-Prof. Hans-Albrecht Koch

Der Autor dieses in NZZ online am 25. August 2014 veröffentlichten Kommentars ist Professor emeritus für deutsche und vergleichende Literaturgeschichte an der Universität Bremen.

Vom Philosophen Diogenes aus Sinope, der auf die Frage Alexanders des Grossen, welchen Wunsch dieser ihm erfüllen könne, geantwortet habe: «Geh mir aus der Sonne!», ist der Ausspruch überliefert, Bildung sei «für die jungen Menschen ein Mittel zur Selbstzucht, für die Alten ein Trost, für die Armen Reichtum und für die Reichen eine Zierde».

Knapper lässt sich kaum sagen, dass Bildung sowohl mit Ethik als auch mit Ästhetik zu tun hat und sich auf das ganze Leben bezieht. Was die griechische Antike seit

dem 4. Jahrhundert v. Chr. unter Bildung (griech. «paideia») verstand und was spätestens seit den Zeiten Ciceros auch die Römer damit meinten, war ungefähr dies: eine solide Kenntnis von Grammatik und Rhetorik einerseits, von Geometrie und Arithmetik andererseits. Das ist auch der Kern der sogenannten sieben freien Künste geblieben, der «Septem Artes liberales», die den Grundbestand des Unterrichts in den mittelalterlichen Kloster- und Stadtschulen bildeten. Von der frühen Neuzeit bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts noch zielte die

höhere Schule darauf, überall einen nach Inhalt und Form verbindlichen Rahmen höherer Bildung zu vermitteln, der einen alle nationalen und konfessionellen Unterschiede überspannenden Geisteshorizont europäischer Eliten garantierte.

Weiter lesen auf:

flv.at



Experten stellen Gesamtschule schlechtes Zeugnis aus

Von OÖ LAbg. Mag. Silke Lackner

„... die Gesamtschule ist kein Allheilmittel. Sie bedeutet nicht, dass der Unterricht auch besser wird...“ – zu diesem Schluss kam Studienautor Kurt Schmid bei seiner Analyse der Gesamtschule. „Und bestätigt somit die Haltung der Freiheitlichen! Das Geheimnis eines guten Schulsystems liegt sicherlich nicht in der Gesamtschule, sondern im bewährten, differenzierten Schulsystem“, so die Bildungssprecherin der FPÖ-OÖ, LAbg. Mag. Silke Lackner.

Studienautor Schmid hat für seine aktuelle Untersuchung Leistungsstudien wie PISA, PIRLS oder TIMSS analysiert und letztlich die Strukturen und Ausgaben miteinander verglichen. Fazit: Eine gemeinsame Schule reicht nicht aus, um gute Schülerleistungen zu erzielen! „Das ist eine Bestätigung unserer Haltung. Wir befürchten durch die Einführung der Gesamtschule eine drastische Nivellierung der Bildung nach unten. Etliche Studien haben außerdem bestätigt, dass Gymnasien besser abschneiden und kostengünstiger sind.“

Die Freiheitlichen bleiben bei ihrer Forderung nach dem Erhalt der Gymnasien in der achtjährigen Langform und entsprechender finanzieller Ausstattung. „Unsere Kinder haben die beste Ausbildung verdient, und die bekommen sie nun einmal nur im Rahmen des differenzierten Schulsystems.“



Warnung vor „vererbter Bildung“!

Von Josef Pasteiner

In ihrem sozialistischen Gleichheitswahn prägen die linken „Schulreformer“ nun den Begriff der „vererbten Bildung“. Danach haben Kinder aus sogenannten „bildungsfernen Schichten“ in Österreich große Nachteile gegenüber jenen, wo die Eltern Maturanten oder gar Akademiker sind. Ein einseitig interpretierter OECD-Bericht dient der Ministerin Heinisch-Hosek dabei als linke ideologische Basis, um als Lösung die Gesamtschule und die österreichweite Ganztagschule zu fordern. Dem sei entgegengehalten, dass es bei uns schon mehr Maturantinnen als Maturanten gibt, wobei die Prozentsätze der Maturanten von ca. 10% 1970, nun bei über 30% pro Geburtsjahrgang sind. Ebenso steigerte sich seitdem der Prozentsatz der Akademiker von ca. 6% auf über 15%. Viele davon stammen, wie auch ich, aus den sogenannten „bildungsfernen Schichten“. In der Ära Kreisky prägte die SPÖ den Begriff der „Ausschöpfung der Begabungsreserven“, was nun offensichtlich weitgehend abgeschlossen ist. Bei dem Vorwurf der „vererbten Bildung“ zählen die linken „Bildungsreformer“ jedenfalls fleißig die vielen Immigran-

ten mit, die kein Interesse an Schulbildung haben. Abgesehen davon können nur Realwerte, wie z. B. ein Haus, vererbt werden. Dagegen muss sich einen Bildungsabschluss jeder selbst mühsam erwerben, wobei nicht wenige Akademikerkinder am Leistungsdruck der Eltern scheitern. Die Linken leugnen, dass Intelligenz vor allem vererbt wird und dass der Wille zur Leistung und zum Lernen mitentscheidend ist.

In der DDR wurde zeinerzeit von der kommunistischen SED beschlossen, dass Kinder von Akademikern nicht studieren dürfen, sondern bevorzugt jene von Arbeitern. Tatsächlich konnte dies aber aus zwei Gründen nicht eingehalten werden:

1. Wollten die Akademiker unter den SED-Mitgliedern, dass ihre Kinder trotzdem studieren dürfen.
2. Hätte es nur die Akademiker mit proletarischer Herkunft gegeben, wären es zu wenige gewesen.

Letztlich diente die Regelung dazu, um unliebsame oder gar aufmüpfige DDR-Akademikerfamilien intensiv zu schikanieren.

So naiv kann selbst der dümmste Linke nicht sein, um nicht zu wissen, dass linke Schulreformen das Niveau nicht heben, sondern senken. Worum geht es den linken „Reformern“ im Ministerium, im Bündnis mit den Pseudoschulexperten Salcher, Glattauer usw., also wirklich? Für die Letzteren sind die häufigen Medienauftritte ein tolles journalistisches Geschäft und für die linken Ideologen ist es nach dem Scheitern des Ostblockkommunismus der evolutionäre Weg zur Durchsetzung der sozialistischen Gleichheitsgesellschaft. Gleichheit bedeutet aber immer eine Nivellierung nach unten.

Ich bin unserem Bildungssystem jedenfalls sehr dankbar dafür, dass es mir den Aufstieg problemlos ermöglichte und warne vor dem linken Trick, dass es ungerecht sei!

Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates von N.Ö., Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann von N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer.

Nochmal eine Bitte an alle Leser der Freien Meinung:

Alle unsere Mitarbeiter schreiben ehrenamtlich in der FM. Die hohen Kosten für Druck und Versand werden aber zunehmend ein Problem. Auch wenn sich vielleicht manche darauf freuen – die Zeitung wird nicht so schnell verschwinden. Die Schulen werden weiterhin mit einer gedruckten Fassung beliefert. Alle anderen Leser bitte ich, sich auf unserer Homepage (www.flv.at) für den Newsletter einzutragen. Sie erhalten jeweils eine Nachricht, wenn die neue FM fertig ist und sie als PDF-Datei herunter geladen werden kann. All jene, die weiterhin ein gedrucktes Exemplar haben wollen, bitten wir um einen Beitrag von 10 Euro pro Jahr auf unser Konto IBAN: AT863411400000026765, BIC: RZOOAT2L114.

Siegfried Neyer

Populismus: Purer Hass statt sachlicher Argumente

Es ist an der Zeit, den Begriff Populismus zu entsorgen:
Er taugt nicht für den ernsthaften Dialog in Politik und Gesellschaft
Von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Vor zwölf Jahren, im Juni 2002, waren 42 Prozent der Österreicher in einer Imas-Umfrage außerstande, den Sinn des Begriffs Populismus zu deuten. 36 Prozent hatten eine vage Vorstellung davon; nur 16 Prozent konnten mit dem Wort etwas anfangen. Inzwischen hat die Bevölkerung möglicherweise die Lektion gelernt: Populismus ist das, was den selbstgerechten Verfechtern von Political Correctness nicht in den Kram passt, ohne dass sie ein brauchbares Gegenargument dafür besitzen. Politische Ideologen waren seit jeher erfindungsreich in der verbalen Bekämpfung ihrer Gegner. Vor allem linke Demagogen entfalteten dafür eine reiche Fantasie. Revolutionäre Einpeitscher sprachen ursprünglich von Klassenfeinden oder bourgeoisen Ausbeutern. In jüngerer Zeit sind neue Kampfworte in Mode gekommen, mit denen die links der Mitte stehenden Glaubenskrieger alles, was sich rechts davon aufhält, brandmarken.

Kleinkalibrige Wortgeschosse der Gegenwart sind „neofeudal“, „wirtschaftsliberal“, „neoliberal“, „kapitalistisch“, „konservativ“. Zur größeren Munition gehören unter anderem „nationalistisch“ oder Wortprägungen wie „ewig Gestrige“. Die Steigerungsform bis zur absoluten politischen Verdammnis beginnt beim Verdikt „Populismus“, meist in Kombination mit rechts, rechtsradikal oder rechts-extrem. Nur ganz selten wandert bei Verwendung dieses Schlüssel-

worts der Blick von rechts nach links.

Appell an die Volksmeinung

Benutzt wird der Begriff Populismus vor allem gegen Menschen mit Heimatverbundenheit oder solchen, die eine Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit traditionellen Ehen ablehnen, Skeptikern einer multikulturell zusammengewürfelten Gesellschaft, Verteidigern von eigener Kultur und Traditionen, Verfechtern einer rigorosen Haltung gegen Straftäter, Verteidigern des christlichen Glaubens und nicht zuletzt Kritikern von Fehlentwicklungen in der EU. Allerdings, auch EU-Befürworter, die sich einem Vermögenstransfer von Nord- nach Südeuropa und der Sanierung der Schuldenländer auf Kosten des eigenen Wohlstands widersetzen, müssen damit rechnen, als Populisten eingestuft zu werden.

Populismus ist von der inneren Sprachlogik her der Appell an die Volksmeinung, also die Mehrheitsmeinung. Diese wird von den Verwendern des Worts allerdings unter den Generalverdacht gestellt, dass sie nichts taugt. Damit beginnt zugleich das Dilemma, denn wie kann man einerseits den Bürgerwillen als kostbaren Kern des demokratischen Lebens betrachten und die Volksmeinung andererseits verächtlich machen? Was ist eigentlich das Gegenteil

von Populismus? Ist das etwas Gutes oder Schlechtes? Wer darf darüber bestimmen, ob eine Mehrheitsmeinung gut ist oder nicht?

Populismus ist alles in allem ein Kampfwort. Es ist kein wissenschaftlicher Begriff, sondern ein politischer Affekt. Daher eignet sich das Vokabel von vornherein nicht für den ernsthaften Disput. Im Grunde ist Populismus bestenfalls ein unpräzises Synonym für den von Theodor Eschenburg bereits in den 1950er-Jahren ins Spiel gebrachten Begriff „Gefälligkeitsdemokratie“.

Abkehr von Prinzipien

Damit verliert er freilich jegliche Trennschärfe im politischen Richtungsstreit, zumal man allen Parteien eine schier endlose Liste mit Beispielen für die oft über Nacht vollzogene Abkehr von bisherigen Prinzipien vorhalten könnte. Insbesondere für die Sozialdemokratische Partei und die Volkspartei ließen sich in beliebiger Zahl Kehrtwendungen von Gelöbnissen und Grundsätzen nachsagen. Populismus lauert in allen Ecken und Nischen der österreichischen Regierungspolitik.

Abgesehen von alledem richtet sich der Populismus in vielen Belangen gegen seine Wortführer. Und zwar geschieht das immer dann, wenn die vermeintlichen Musterdemokraten Volksabstim-

mungen predigen, die Ergebnisse plebiszitärer Prozesse jedoch ablehnen. Man erinnere sich nur an das Votum der Schweizer gegen die Masseneinwanderung in ihr Land und die anschließenden Rufe der politisch Korrekten nach Sanktionen gegen die Eidgenossen.

Warum werden eigentlich über zentrale EU-Probleme Volksabstimmungen weder abgehalten noch in nennenswerter Stärke gefordert? Was ist im Verhalten gegenüber der EU ganz allgemein populistischer: die Mängel des Bündnisses und die Missstände in Brüssel anzuprangern oder sie zu verschweigen?

Dann die Quotenregelung. Sie ist im Grund eine populistische, nämlich opportunistische, auf die Sympathie der weiblichen Bevölkerung und die Gleichheitsgefühle abzielende Forderung. Als Populisten gelten dennoch nicht etwa ihre Befürworter, die sich nicht darum scheren, dass die Quotenregelung in flagranter Weise dem Leistungsprinzip widerspricht, sondern die Gegner.

Entweder es gilt das Leistungsprinzip, dann darf es keine Quoten geben. Oder man versucht, die Gesellschaft zu nivellieren, dann landet man bald dort, wo die einschlägige Ideologie bereits 1989 ihren Schiffbruch erlitten hat. So

einfach ist das.

Der Begriff Populismus ist, wie sich an vielen Einzelheiten zeigt, nicht nur unbrauchbar, er behindert nicht selten die Lösungen für Daseinsfragen. Das hängt damit zusammen, dass politische Entscheider nicht in den Verdacht geraten wollen, „Beifall von der falschen Seite“, eben den „Populisten“, zu erhaschen.

Der durch seine jüdische Herkunft unverdächtige deutsche Parade- publizist Henryk Broder wettete in diesem Zusammenhang in der „Welt“: „Wenn man alles tabuisieren wollte, wozu sich die NPD je geäußert hat, bliebe wenig übrig, worüber man diskutieren könnte.“ Sein Fazit: Manche Debatten müssen einfach geführt werden, egal, von welcher Seite der Anstoß dazu kommt. Auch in Österreich werden wichtige Themen nicht gründlich genug diskutiert, nur weil die Freiheitliche Partei oder eine andere Oppositionspartei sie zum Thema gemacht hat.

Anstrich des Totalitären

Die Verächtlichmachung von quasi populistischen Standpunkten widerspricht letztlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Darin heißt es: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.“ Hierzulande genügt das offenbar nicht. Gefordert wird vielmehr die richtige, nämlich politisch korrekte Gesinnung. Gedankenfreiheit ja, aber nur für das, was mit dem Stempel der politischen Rechtmäßigkeit versehen ist. Das hat den

Anstrich des Totalitären, also genau dessen, was es zu verabscheuen gilt.

So kann es nicht weitergehen. Es ist hoch an der Zeit für die Entsorgung eines Vokabels, das sachliche Argumente durch puren Hass ersetzt, den demokratischen Dialog zerstört und keinem anderen Zweck dient, als den politischen Widersacher zu entwürdigen. Fort mit Populismus.

- Dem
Freiheitlichen Österreichischen
Lehrerverband**
4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:
- Freiheitlicher Niederösterreichischer
Lehrerverein**
Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1
- Freiheitlicher Oberösterreichischer
Lehrerverein**
4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2
- Freiheitlicher Salzburger
LandesLehrerverein**
5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18
- Freiheitlicher Lehrerverein Steier-
mark**
8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner
- Freiheitlicher Lehrerverein Tirol**
6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternergig
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4
- Kontakt Vorarlberg**
Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns
- Freiheitlicher Wiener Lehrerverein**
Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14
- Kontaktadresse Burgenland:**
HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5
- Kontaktadresse Kärnten:**
Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2
- Die Leitung des Freiheitlichen
Österreichischen Lehrerverbandes:**
Obmann:
Mag, Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4
Stellvertreter:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner